Haushaltsrede 2017 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer,

unsere Kassenlage ist zwar nicht „rosig“, aber vergleichsweise undramatisch. Das zeigt bereits ein kurzer Blick über den Tellerrand. So leiden über 70 % der NRW-Gemeinden unter einem schlechteren Haushaltsstatus. Zudem lassen die Eckdaten unserer Mehrjahresfinanzplanung vorsichtigen Optimismus zu. Grundsätzlich verfügen wir über genügend finanzpolitische Spielräume, um den ökologischen, sozialen und städtebaulichen Herausforderungen angemessen und offensiv begegnen zu können. Dabei ist folgendes zu beachten:
1. Der Gewerbesteuerhebesatz sollte auf den Orientierungswert des Landes angehoben werden. Das würde unser diesjähriges Defizit um knapp 40 % verringern und bis 2020 etwa 6,7 Mio € zusätzlich in die Stadtkasse spülen. Wir können uns nicht den Luxus erlauben, auf diese Einnahmen zu verzichten.
2. Dem Erhalt der städt. Gebäudesubstanz ist oberste Priorität einzuräumen. Daher sollte das Schulgebäudeunterhaltungsprogramm transparenter und konsequenter als in der Vergangenheit umgesetzt werden. Renovierungsstaus sind extrem nachhaltige Kostenfallen.
3. Bei den freiwilligen Leistungen für Vereine und Verbände sollte nicht gespart werden. Die haushaltsrelevanten Effekte sind marginal. Mögliche Zweifel an der Wertschätzung bürgerschaftlichen Engagements können dagegen die Einsatzfreude vieler Aktiver mindern und - anstelle der erhofften Entlastung - letztendlich zu einer zusätzlichen Belastung des städt. Etats führen.

Des Weiteren sehen wir Grüne folgende Handlungsschwerpunkte:

Stadtklima verbessern, Mobilität neu denken

Ziel sollte es sein, den motorisierten Individualverkehr zugunsten von weniger Lärm und einer geringeren Luftbelastung zu reduzieren, zu entschleunigen und umzustrukturieren. Gerade hier verfügt Hilden als Stadt der kurzen Wege über große Entwicklungspotentiale. Leider fuhr der Rat das Integrierte Handlungskonzept im September deutlich zurück. Ein Kernziel des IHKs - die „Verbesserung der Verkehrssituation für Radfahrer, Fußgänger und Fahrgäste des ÖPNV“ z.B. durch die Schaffung attraktiver Wegeverbindungen auch in Richtung Bahnhöfe – sollte dennoch konsequent verfolgt werden. Erfreulich ist der mehrheitliche Wille, Einfahrtsstraßen zumindest in der Nacht als Tempo-30-Bereiche auszuweisen und Ampeln fußgängerfreundlicher zu schalten. Jetzt müssen weitere Schritte folgen und z.B. Konzepte zur Förderung der Elektromobilität und zum Ausbau von Carsharing entwickelt und umgesetzt werden!
Wir wollen, dass neue, innovative Wege in der Hildener Verkehrspolitik zu einem in die Region ausstrahlenden „Leuchtturmprojekt“ von Rat und Verwaltung werden.

Wohnraum schaffen – Freiräume erhalten

Die Zahl öffentlich geförderter Wohnungen nimmt in Hilden kontinuierlich ab, gleichzeitig steigen die Mieten. Hier müssen wir stärker als bisher gegensteuern – z.B. durch die Schaffung von günstigem Wohnraum mittels städtebaulicher Verträge. Vor einer Bebauung großer Freiflächen – wie z.B. am Westring – sollten wir uns jedoch hüten. Dies verspricht zwar eine spürbare Reduzierung der Wohnraumknappheit auf einen Streich, schafft aber erhebliche ökologische und infrastrukturelle Probleme. Wir setzen daher vorrangig auf Baulückenschließung und Nachverdichtung. Klare, nachvollziehbare Planungsgrundsätze und

-ziele könnten hier helfen, die Akzeptanz für Baumaßnahmen in der Bevölkerung zu erhöhen. Zugegeben, auch ein eher kleinteiliges, gut begründetes Vorgehen schützt nicht immer vor Bürgerprotesten. Dabei ist der Anspruch von Anwohnerinnen und Anwohnern, keine neue Bebauung in ihrem Wohnumfeld zuzulassen, menschlich verständlich. Dies entlässt uns aber nicht aus der Verantwortung, Entscheidungen zum Wohle der ganzen Stadt zu treffen. Und da dürfen wir eine ungebremste Verdrängung von meist jungen Menschen und Familien ins Umland aufgrund zu hoher Mieten nicht tatenlos hinnehmen, denn das ist weder moralisch noch in Hinblick auf eine gesunde demografische Entwicklung vertretbar. Fest steht: die Abwägung der unterschiedlichen Erfordernisse von Klimaschutz, Freiflächenerhalt und sozial gerechter Wohnraumpolitik bleibt ein äußerst schwieriger, konfliktträchtiger Prozess.

Bedingungen für Weiterbildung verbessern, nicht zurückfahren

Seit Jahrzehnten bietet die VHS u.a. für benachteiligte Bevölkerungsgruppen Intensivkurse an. Sie finden und fanden in der Regel in ehemaligen Schulgebäuden in Hilden und Haan statt. Auch in Zukunft müssen für solche Angebote Räumlichkeiten vorgehalten werden - dies nicht zuletzt vor dem Hintergrund der für unsere Gesellschaft so wichtigen Integration von Flüchtlingen. Wir sollten daher zeitnah für den wegfallenden Standort an der Richard-Wagner-Straße adäquate, möglichst dauerhaft nutzbare Flächen erwerben, anmieten oder schaffen. Keineswegs dürfen dabei durch überstrapazierte Belegungspläne und ein Abschmelzen des Raumangebots die angestrebten Lernerfolge gefährdet werden. Klar ist: die Unterbringung der Kurse wird nicht mehr zu den bislang finanziell äußerst günstigen Konditionen möglich sein. Dies sollten wir akzeptieren und auf dem Theodor-Heuss-Gelände den Weg für den Bau von dringend benötigten Wohnungen freimachen.

Ich komme zum Schluss. Der vorliegende Entwurf nutzt vorhandene Spielräume nur bedingt aus. Dies liegt in erster Linie an der fehlenden Bereitschaft, unsere Einnahmesituation durch eine längst überfällige Erhöhung der Gewerbesteuer nachhaltig zu verbessern. Der Haushalt 2017 setzt auch ein paar richtige Akzente – z.B. bei der Mobilität. Wir stimmen ihm zu – aber das fällt uns in diesem Jahr wirklich nicht leicht.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.